

## **E-mail von Uli Brand über attac-Beirat-mailing-list vom 07. 06. 2011**

Lieber Mohssen,

das Manifest habe ich unterzeichnet, da es wichtige Aspekte enthält und eine wichtige Forderung.

Allerdings ist mir unwohl, weil eben doch die Lohnarbeit als Normalarbeitsnorm festgeschrieben wird.

Andere Formen von Arbeit werden damit unsichtbar geschrieben und tauchen in den Forderungen nicht auf.

Du kannst Dich auch nicht politisch rausreden, dass Du das nicht kennen würdest. Beim Attac-Kongress haben Frigga Haug und Uta von Winterfeld Dich ja hochklassig und solidarisch kritisiert.

Von daher ist das Manifest so wichtig wie politisch auch desaströs einseitig. Das ist linke Sozialtechnologie, die politisch etwas öffnet und gleich wieder schließt.

Viele Grüße,  
Uli Brand

---

## **E-mail von Tom Sauer vom 08.06.2011**

Lieber Uli,

vielen Dank dafür, dafür dass Du uns an Deinem Unwohlsein teilhaben lässt.

Allerdings ist Dein Schreiben an Mohssen weitestgehend unverständlich. Es wäre hilfreich, wenn Du Dich klarer ausdrücken würdest.

Dich stört offenbar die Institution der "Lohnarbeit". Nun, wenn ich das richtige verstehe, bezieht sich die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung immer auf die Lohnarbeit (a) um diese im erwerbswirtschaftlichen Kapitalismus so zu verteilen, dass mehr Menschen an dieser Erwerbsarbeit teilhaben können und (b) damit mehr Zeit für andere Tätigkeiten bzw. Untätigkeiten bleibt. Dass es andere Formen von sinnvoller Tätigkeit außerhalb der Lohnarbeit gibt, ist sicherlich unstrittig, aber offenbar nicht Gegenstand des Papiers.

Was Du mit "festgeschrieben" und "unsichtbar geschrieben" meinst, erschließt sich mir nicht. Hilfreich wäre dazu eine Erläuterung bzw. konkrete Forderungen, die Du damit verknüpfst.

Noch widersprüchlicher ist, dass Du das Manifest zugleich so "wichtig" findest, dass Du es unterschreibst, und es andererseits für "desaströs" und "linke Sozialtechnologie" hältst. Letzteres ist für Dich offenbar für ganz verwerflich, Du erklärst aber nicht warum.

Statt Orakel wären Argumente angemessener gewesen.

Ich selbst halte Arbeitszeitverkürzung für ein logisch unverzichtbares Element beim Übergang zu einer Postwachstumsökonomie, jedoch glaube ich, dass die Forderung danach als zentrale Strategie der Gewerkschaften überholt ist. Die Arbeitswelt hat sich seit den 80er Jahren so stark verändert, dass das Problem eher darin besteht, dass die Grenzen zwischen Arbeitszeit und Freizeit immer mehr verschwimmen. Außerdem lassen seriöse

Auswertungen der Erfahrungen mit der Arbeitszeitverkürzung erkennen, dass diese vor allem in der Industriearbeiterschaft für mehr Arbeitsplätze gesorgt hat, die Arbeitsplatzwirkungen in der Angestelltensphäre jedoch eher marginal waren. Hinzu kommt, dass bei den Löhnen nach über zehn Jahren Reallohnverlust ein erheblicher Aufholbedarf besteht, der Arbeitszeitverkürzung zweitrangig erscheinen lässt.

So weit ein paar Argumente dafür, warum ich eine Kampagne für Arbeitszeitverkürzung momentan eher skeptisch sehe.

Beste Grüße  
Tom Sauer

---

### **E-mail von Christa Wichterich vom 11.06.2011**

Lieber Tom,

bisher habe ich das Manifest Arbeitszeitverkürzung nicht unterzeichnet, obwohl ich die Verkürzung der Lohnarbeitszeit für eine wesentliche Übergangsbedingung zu einer Postwachstums-Ökonomie und Gesellschaft halte - eben aus den von Uli genannten Gründen. Mohssen und Peter Grottian gegenüber habe ich x-mal einen Arbeitsbegriff kritisiert, der Vollzeit-Lohnarbeit als Normalarbeitsform unterstellt und alle Formen von informeller, prekärer, selbstbeschäftigter etc, etc Arbeit ebenso ausblendet wie alle unbezahlte Arbeit und damit die gesamte Sorge/Reproduktionsarbeit, die für die Ökonomie ebenso konstitutiv ist wie bezahlte Arbeit. Mohssen hat mir öfters freundlich versichert, dass er diese Einwände versteht - was sich aber in den Papieren der Gruppe nie niedergeschlagen hat. So richtig die Forderung nach Lohnarbeitszeitverkürzung ist, so falsch ist sie politisch, ohne gleichzeitig die Forderung nach Umverteilung unbezahlter Sorgearbeit in der Gesellschaft zu erheben, wenn wir die Ökonomie wirklich mit einer Postwachstumsperspektive ausbauen wollen.

Deshalb finde ich Ulis Intervention keineswegs kryptisch, sondern höchst verständlich und politisch richtig.

Mit solidarischen Grüßen  
Christa

Dr.Christa Wichterich  
Schlossstr.2  
53115 Bonn  
+ 49 228 265032

---

### **E-mail von Adelheid Biesecker vom 13.06.2011**

Liebe Christa,  
prima, dass Du Dich meldest - ich bin ganz Deiner Meinung.  
Herzliche Grüße. Adelheid

---

### **Email von Werner Rügemer vom 07.06.2011**

lieber kollege massarrat,  
 ich unterzeichne gern Ihren vorschläge zu arbeitszeitverkürzung und ausbau  
 der  
 öffentlichen beschäftigung; auch gerade die verbindung dieser beiden  
 bereiche  
 halte ich für ausgezeichnet!  
 mit dank für Ihre initiative und mit den besten grüßen  
 dr. werner rügemer, publizist, lehrbeauftragter an der universität zu köln

--

Achtung: 2. erweiterte und aktualisierte Auflage:  
 Werner Rügemer: »Heuschrecken« im öffentlichen Raum. Public Private  
 Partnership  
 - Anatomie eines globalen Finanzinstruments, transcript, Bielefeld 2011.  
 Mit  
 drei neuen Kapiteln: Bankenrettung und PPP, Gescheiterte Projekte, Die  
 gefährlichste Straße Deutschlands.

---

### **E-mail von Niko Paech vom 11.06.2011**

Lieber Mohssen Massarrat,

vielen herzlichen Dank für das freundliche Mail. Auch mich hat es wirklich sehr gefreut, Sie  
 in Berlin getroffen zu haben.

Zum Manifest: Ehrlich gesagt tue ich mich schwer damit, wenngleich ich die harten Worte  
 von Uli Brand -- ich habe den Eindruck, er hat das Mail in Eile verfasst, denn ich kenne ihn  
 sonst nur als liebenswerten Menschen -- so nicht übernehmen möchte.

Im Rahmen meines Konzeptes einer Postwachstumsökonomie sind die Reduktion und eine  
 faire Verteilung des verbleibenden Quantums an monetär entgelteter Erwerbsarbeit eine  
 notwendige Konsequenz des Rückbaus der industriellen Fremdversorgung und damit des  
 Konsummodells. Bevor ich von sozialer Gerechtigkeit sprechen kann, muss ich mir immer  
 erst Klarheit darüber verschaffen, ob der damit anvisierte Zustand überhaupt ökologisch  
 tragfähig ist. In Deutschland beläuft sich der jährliche Pro-Kopf-Output an CO2 auf knapp 11  
 Tonnen. Global übertragbar -- folglich auch fair -- wären nach Maßgabe des Budgetansatzes  
 allerhöchstens 2 bis 2,7 Tonnen (je nach Anzahl der angenommenen Erdbewohner), um das 2-  
 Grad-Klimaschutzziel erreichen zu können. Manche Ansätze gehen längst von nur 1 - 1,5  
 Tonnen pro Kopf aus. Ohne prägnante Senkung der Konsumnachfrage und somit der  
 arbeitsteiligen Produktion ist hier nicht der Zipfel einer Lösung in Sicht. In Deutschland sind  
 Lebensstile, die in keinster Weise mit Nachhaltigkeit und Klimaschutz vereinbar sind, kein  
 Privileg einer Oberschicht oder Elite, sondern ein Massenphänomen. Monetäres  
 Erwerbseinkommen kann nur dem Abruf von industriell und global erzeugten  
 Fremdversorgungsleistungen dienen, ist daher Teil des Problems. Es bildet die Basis einer  
 Konsumgesellschaft, deren Angehörige jede Fähigkeit verloren haben, auch ohne Geld und  
 industrielle Versorgung sinnstiftend aktiv zu sein.

Deshalb plädiere ich für Arbeitszeitreduktionen und Umverteilungen, die einen echten Tausch  
 Geld gegen Zeit inkorporieren. Die Kompensation der Verringerung an monetärem  
 Einkommen auf Seiten jener, die nicht mehr über 40, sondern durchschnittlich nur noch über  
 20 Stunden verfügen, ergäbe sich zu einem Teil aus Suffizienzleistungen und zum anderen

Teil aus ergänzenden Versorgungsleistungen im Bereich der urbanen Subsistenz.

Viele Grüße, Niko Paech

--

apl. Prof. Dr. Niko Paech  
 Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Fakultät II  
 Lehrstuhl für Produktion und Umwelt (PUM)  
 26111 Oldenburg  
 Tel: ++49 (0)441-798-4264  
 Fax: ++49 (0)441-798-4193  
[niko.paech@uni-oldenburg.de](mailto:niko.paech@uni-oldenburg.de)  
<http://www.uni-oldenburg.de/produktion>  
<http://www.gekko-oldenburg.de>

---

### **E-mail von Mohssen Massarrat an Manifest-Kritiker vom 13.06.2011**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vielen herzlichen Dank erst einmal an Uli Brand, Tom Sauer, Werner Rügemer, Niko Paech und Christa Wichterich dafür, dass Ihr mit einigen Anmerkungen Eure Zustimmung zum Manifest bzw. dessen Ablehnung erläutert habt. Glücklicherweise stimmen alle darin überein, dass das Projekt Arbeitszeitverkürzung ein wichtiger Schritt hin zur Postwachstumsgesellschaft ist. Die kritischen Einwände jedoch, weshalb man es trotzdem nicht unterstützen will, veranlassen mich, als einem der beiden Verfasser, zu einer Erwiderung. Das Manifest ist vor ca. 6 Wochen abgeschlossen worden und seitdem über die attac-website zugänglich. Damit zirkulierte es ca. 4 Wochen vor dem Wachstumskongress (offensichtlich liegt diesbezügl. ein Missverständnis bei Uli Brand vor). Mir liegt es fern, auf die polemischen Seitenhiebe einzugehen, möchte mich aber im wesentlichen auf die inhaltlichen Aspekte konzentrieren, weil ich die aufgeworfenen Fragen für wichtig halte.

1) Richtig ist, dass die zentrale Forderung des Manifestes, nämlich die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, alle anderen Arbeitsformen im Kapitalismus in den Hintergrund treten lässt. Dies liegt jedoch in der Natur dieser Forderung, sie kann sich nur auf die Erwerbsarbeit beziehen. wie Tom Sauer zurecht anmerkt. Der Schluss, dadurch würde man die Erwerbsarbeit als Normalarbeit "festschreiben" und andere Arbeitsformen ausklammern, wie Uli Brand beiläufig unterstellt, erschließt sich mir jedoch in keiner Weise. Dies gilt auch gewissermaßen für Christa Wichterichs Einwand. Hier scheint ein grundsätzliches methodisches und politisches Missverständnis vorzuliegen.

Die Unterstellung, man klammere die unbezahlte Arbeitszeit aus, wenn man die Erwerbsarbeit zum Gegenstand des politischen Handelns erklärt, impliziert in ihrer Umkehrung, dass beide Arbeitsformen in der gesellschaftlichen Realität als eine untrennbare Einheit zu betrachten sind. Wer sich mit Erwerbsarbeit beschäftigt und deren Verkürzung als eine hoch aktuelle Tagespolitik erklärt, handelt nach dieser Logik (Uli Brand und Christa Wichterich) "unpolitisch, falsch, unvollständig, desaströs, einseitig und öffnet politisch etwas, um es dann gleich wieder zu schließen". Tatsächlich handelt es sich bei beiden Arbeitsformen jedoch um unterschiedliche, ja voneinander unabhängige Sphären, die im Kapitalismus freilich sozial und gesamtgesellschaftlich miteinander in Beziehung stehen.

Dass Christa ihren Einwand gegen das Manifest mit der "Forderung nach Umverteilung unbezahlter Sorgearbeit in der Gesellschaft" verknüpft, ist typisch für eine Denkweise, die alles mit allem, überall und zu jeder Zeit glaubt koppeln zu müssen.

2) Die Analyse der Situation der Erwerbsarbeit und der Nicht-Erwerbsarbeit findet unter linken Wissenschaftlern mehr oder weniger arbeitsteilig statt und das ist auch gut so. Entscheidend ist, ob beide Lager fähig sind, sich nicht nur analytisch und produktiv aufeinander zu beziehen, sondern auch politisch handlungsfähige Allianzen daraus abzuleiten. Stattdessen wird jedoch leider lieber mit Ausschlusskriterien gearbeitet. Wäre es aber nicht kreativer, politische Initiativen zur Verkürzung der Arbeitszeit und Überwindung der Massenarbeitslosigkeit positiv aufzugreifen, sie auch zu unterstützen und gleichzeitig durch eigene Initiativen kommunizier- und anschlussfähige Forderungen bezüglich der nicht bezahlten Arbeit in die Debatte zu werfen? Weshalb müssen die Initiatoren eines Manifestes zur Verkürzung der Arbeitszeit eine Lösung liefern, die alle gesellschaftlich relevanten Felder erfasst, also auch die Umverteilung der nicht bezahlten Arbeit (Christa und Uli), die Schrumpfung der Ökonomie (Niko Paech), die umfassende Antwort auf Geschlechtergerechtigkeit und das alles gleich auch noch für ganz Europa. Eine solche Erwartung auf eine "Wundertüte" mag bequem sein, sie ist de facto jedoch idealistisch und unpolitisch, auf jeden Fall aber kontraproduktiv.

Ähnliche Erwartungshaltungen findet man merkwürdigerweise auch bei eingefleischten Protagonisten der Erwerbsarbeit. Beispielsweise kam aus dem Umfeld der IG-Metall-Führung zum Inhalt des Manifestes zwar grosse Zustimmung, man vermisse im Manifest allerdings Ratschläge, wie nun die Gewerkschaften die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei den Tarifverhandlungen mit der Kapitaleseite durchsetzen sollte. Das Manifest sollte demnach das Kunststück vollbringen, auch noch die originäre Aufgabe der Gewerkschaftselite zu erledigen - so sieht die gesellschaftliche Realität leider aus.

3) Das Manifest geht auch mir persönlich nicht weit genug, es sollte auch nicht das beinhalten, was mich als Individuum in allen Winkelzügen meiner Gedanken zufrieden stellt. Dieses legitime Bedürfnis kann am besten auf andere Weise erfüllt werden (s. dazu meinen Beitrag "Die Viertagewoche. Ein wichtiger Beitrag zur Postwachstumsgesellschaft" im Vorbereitungs-Reader des attac-Kongresses "Jenseits des Wachstums", erschienen 2011 im VSA-Verlag, den ich diesem mail anhänge). Das Manifest sollte jedoch zuallererst auf die Veränderung des neoliberal geprägten mainstream-Bewußtseins zielen und die politische Hegemonie gegen den neoliberalen Geist zurückgewinnen. Derartige Vorhaben sind stets ein Wagnis und ein Balanceakt zwischen Anschlussfähigkeit und Tiefgang, ersteres, um die Menschen dort anzusprechen und abzuholen, wo sie sich befinden und letzteres, um nichts zu blockieren, was weiterführt. Enthielte das Manifest jedoch Forderungen und Formulierungen, die die Perspektiven jenseits der Erwerbsarbeit und jenseits des Wachstums ausgeschlossen hätten, wäre entsprechende Kritik angebracht.

Die Verfasser des Manifests haben sich jedenfalls bemüht, solche Sackgassen möglichst zu vermeiden. Die Verkürzung des Erwerbsarbeitsvolumens um 20 % eröffnet den Weg für neue nicht monetäre Tätigkeiten. Auch die Frage des Lohnausgleichs (und damit des Konsums und des Wachstums) ist offen formuliert, so dass eine Debatte zur Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, die - wenn sie hoffentlich in Gang kommt - mit allen anderen wichtigen Debatten, wie der Neugestaltung der Sorgearbeit und der ökologischen Gerechtigkeit, ergänzt und vertieft werden müssten. Dazu müssten jedoch andere selbst initiativ werden, statt einem einzigen Projekt alles abzuverlangen. Wir sollten die Komplexität der kapitalistischen Gesellschaft allmählich begreifen, deren grundlegende Reformen etliche sich

verstärkende politische Projekte auf allen Ebenen erfordern. Die Lücken bei anderen auszumachen, ist der bequemste Weg, es kommt aber darauf an, sie selbst zu füllen. Die Analyse der Lücken ist der erste Schritt, entscheidend ist allerdings zu zeigen, wie man die Menschen als handelnde Subjekte in verschiedenen gesellschaftlichen Sphären hier und heute für die Zukunft gewinnt. Leider bleiben wir in vielen Fällen bei der "richtigen" Analyse stecken. Lautstark und "hochklassisch" (Uli Brand) melden wir uns mit unseren "richtigen" Analysen zu Wort und bezichtigen andere als "linke Sozialtechniker", weil sie die Reformen an der Erwerbsarbeit ansetzen, also an Problemen der Massenarbeitslosigkeit, des Lohndumping, der Leiharbeit, der Unterbeschäftigung und damit verbunden an der um sich greifenden Angst gesellschaftlich abzurutschen. Auf dieser Ebene bewegte sich leider auch die Kontroverse auf dem Berliner Wachstumskritik-Kongress, speziell im Podium, an dem ich mitwirkte.

Wenn Kritiker die Arbeitszeitverkürzung als strategischen Hebel zur Rückgewinnung der politischen Hegemonie jedoch grundsätzlich für falsch und kontraproduktiv halten und stattdessen meinen, dass dieser Hebel eben nicht an der Erwerbsarbeit, sondern an der Nichterwerbsarbeit anzusetzen hätte, dann müsste dies gesagt, gut begründet und in einem politischen Konzept mit genauen Angaben zu Handlungsschritten und konkreten Subjekten dieses Projektes in die Diskussion eingebracht werden. Mir ist bisher jedoch keine einzige Initiative von gesellschaftspolitischer Relevanz in dieser Richtung bekannt, sehr wohl jedoch jede Menge Insiderdebatten in diversen Workshops und Readern, die unsere Regale daheim voll machen.

4) Ich will Euch, liebe KollegInnen, nicht vorenthalten, was mir bei manchen Debatten und Denkweisen innerhalb der Linken Sorge bereitet. Ich frage mich oft, woran es liegt, dass wir Linken weniger dazu neigen zu kooperieren und uns gegenseitig zu stärken als vielmehr dazu, uns gegenseitig zu blockieren und gegeneinander auszuspielen oder richtiger ausspielen zu lassen. Möglicherweise steckt in jedem von uns ein bißchen Sektierertum, möglicherweise sind wir ans Scheitern gewöhnt und können damit gut leben, politisch stets zu scheitern, dafür aber die analytische Reinheit ganz besonders zu pflegen.

Das neoliberale Projekt ist seit der 2. Finanzkrise de facto gescheitert. Der Neoliberalismus bestimmt dennoch weiterhin unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik, er ist auch durchaus erfolgreich dabei. Mit neuen Legenden, wie "Beschäftigungswunder" oder "Fachkräftemangel", dominiert er weiterhin die längst gespaltene Gesellschaft und dürfte seine Hegemonie auch für weitere Jahrzehnte beizubehalten. Mir scheint, dieser Erfolg des Neoliberalismus beruht weder auf seiner moralischen, noch auf seiner strategischen Stärke, er beruht in erster Linie auf unserer Schwäche. Der Sieg des Neoliberalismus erinnert mich an historische Parallelen: während die kommunistische Bewegung am Anfang des 20. Jahrhunderts jedwede Politik anderer linker Strömungen, die nicht zum unmittelbaren Sturz des Kapitalismus betrieben wurde, als revisionistisch, sozialfaschistisch und was nicht noch alles anprangerten, förderten sie faktisch die innere Spaltung und öffneten dadurch dem Sieg des Faschismus Tür und Tor.

Neoliberalismus ist nicht gleich Faschismus. Unsere Neigung zur Unfähigkeit, historische Reformallianzen für eine Perspektive jenseits des Wachstums und des Kapitalismus zu schmieden, ist jedoch dieselbe geblieben: Uli Brand und Christa Wichterich wollen das Problem der nicht bezahlten Arbeit gelöst wissen, für Niko Paech hat die klassenimmanente Umverteilung und Schrumpfung der Ökonomie eine höhere Priorität gegenüber der Überwindung der neoliberalen Hegemonie und Tom Sauer will erst die Löhne der schon Beschäftigten erhöhen und sich erst später um das Elend der Millionen Arbeitslosen und Hartz IV-Empfänger kümmern. Dabei erreichen wir mit dieser Art der Setzung von Prioritäten, dass der gescheiterte Neoliberalismus uns allen seine politische Hegemonie weiterhin aufdrückt.

Mit diesen Erläuterungen verbinde ich die Hoffnung auf eine produktive Kooperation und Solidarität innerhalb der Linken und darüber hinaus, um irgendwann unseren Utopien ein paar Schritte näher zu kommen.

Mit den besten Grüßen

Mohssen Massarrat

PS: Für alle, die diese Kontroverse im Zusammenhang nachvollziehen wollen, hänge ich diesem Text die vorausgehenden mails, einschließlich das erst heute eingegangene mail von Adelheid Biesecker, an.